

BWHT Postfach 10 06 36 70005 Stuttgart

European Commission
Directorate-General for Competition, Unit 03
State aid Registry
1049 Bruxelles / Brussel
Belgique / België
Ref.: HT.5224

Bearbeiter/Durchwahl
Stefan Schütze/ -109
sschuetze@handwerk-bw.de

Datum
01.07.2020

Stellungnahme zur gezielten Anpassung der AGVO

EU-Transparenzregisternummer: 777023714204-72

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen. Als Landesorganisation des Handwerks möchten wir den Blick vor allem auf das Programm "Know-how-Transfer im Handwerk" lenken, von dem die Handwerksbetriebe im Land stark profitieren. Es gibt kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, unentgeltliche Beratungsleistungen in geringem Umfang in Anspruch zu nehmen. Die Beratung wird von festangestellten Mitarbeiter*innen der Handwerkskammern und Fachverbände des Handwerks durchgeführt. Dieses Programm muss aktuell auf Grundlage der De-minimis-Verordnung durchgeführt werden. Diese Pflicht löst erhebliche bürokratische Lasten aus, die mit der Pflicht zur Beibringung von De-minimis-Erklärungen zusammenhängen. Außerdem wird der finanzielle Aufwand für die zusätzlichen administrativen Tätigkeiten durch die Auflagen der De-minimis-Verordnung von den Handwerksorganisationen im Schnitt mit rund 3.000 € je Beratungsstelle angegeben. Diesem Aufwand steht ein durchschnittlicher Subventionswert von knapp unter 300 € je Einzelberatung bei den Betrieben gegenüber. Das führt dazu, dass einige Handwerksorganisationen im Land ihre Beratungsangebote zurückgefahren haben. Dabei wäre eine niederschwellige Beratung gerade im Nachgang der Corona-Krise äußerst wichtig.

An diesem Programm möchten wir zwei Aspekte erläutern, die aus unserer Sicht dringend in der AGVO korrigiert werden müssen.



Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Telefon: 0711 263709-0
Telefax: 0711 263709-100

Email: info@handwerk-bw.de
www.handwerk-bw.de
Vereinsregisternummer:
VR 1338, Amtsgericht Stuttgart

Steuernummer:
99015/06101
Bankverbindung:
IBAN: DE90 6005 0101 0001 3671 06
BIC: SOLADEST600

Grundsätzliche Freistellung von Kleinstbeihilfen

Im Entwurf zur Änderung der AGVO wird der Artikel 20a neu eingeführt, der sich auf geringe Beihilfen für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) bezieht. In diesem Artikel wird vorgesehen, dass ETZ-Projekte, bei denen die gewährten Beihilfen pro Projekt 20.000 € nicht überschreiten, als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Derartige Finanzierungen wurden bisher als De-minimis-Beihilfen gewährt. Dieses Umdenken seitens der EU, KMU durch gezielte Ausnahmeregelungen bei sehr geringen Förderbeträgen zu entlasten, begrüßt das Handwerk sehr. Bei kleinen Förderbeträgen besteht nur ein sehr geringes Risiko, den Wettbewerb im gemeinsamen Binnenmarkt zu verzerren, so dass die Unternehmen von entsprechenden Erleichterungen in Bezug auf die Dokumentationspflichten profitieren sollten. Diese Regelung für sehr kleine Förderbeträge sollte aber nicht nur auf ETZ-Projekte begrenzt sein, sondern auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Es wäre hilfreich, wenn sehr kleine Zuschüsse an Kleinstunternehmen, beispielsweise in Höhe von maximal 5.000€, in der De-minimis-Verordnung nicht berücksichtigt werden oder unter eine vereinfachte Nachweispflicht fallen. Dies würde eine erhebliche Bürokratieentlastung für Betriebe bedeuten.

Freistellung von Beratungen durch KMU-Organisationen

Neben Ausnahmen in der AGVO für sehr geringfügige KMU-Beihilfen sieht das Handwerk jedoch noch weiteren Handlungsbedarf in Bezug auf die Freistellung von KMU-Förderungen in der AGVO. Artikel 18 AGVO (‚KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten‘) stellt nach Auffassung der EU-Kommission ausschließlich den Fall der bilateralen Vertragsbeziehung zwischen Betrieb und freiberuflichen Unternehmensberatern von der Beihilfenkontrolle frei, aus der eine direkte Förderung des Unternehmens resultiert.

Die Direktförderung der Unternehmen ist aufgrund der zeitaufwändigen Beratersuche und dem geringen Interesse vieler freiberuflicher Berater sowie oftmals fehlendem handwerksspezifischem Know-how auf dem freien Markt jedoch nicht hinreichend, um Handwerksbetriebe in ausreichender Zahl effektiv mit Beratungsleistungen zu unterstützen. Daher sollte die Förderung von Beratungsstellen bei KMU-Organisationen ebenfalls von der Beihilfekontrolle ausgenommen werden.

Bei beiden Aspekten ist eine Wettbewerbsverzerrung nahezu ausgeschlossen: Nach einer Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) haben 83% der Betriebe, die in die Beratungen gekommen sind, zuvor gar keine De-minimis-Beihilfen erhalten. Von den Betrieben, die zuvor Beihilfen erhalten haben, geben 88% ein Volumen von unter 20.000 € an. Für das Land Baden-Württemberg gehen wir von ähnlichen Ergebnissen aus. Daneben sind Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg ganz überwiegend regional tätig. Mehr als 75 Prozent des Umsatzes wird inländisch im Umkreis

von 50 Kilometern vom Betriebssitz erwirtschaftet. Nur rund vier Prozent des Handwerksumsatzes stammt von Auslandsaufträgen.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Forderungen in der Überarbeitung der AGVO berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Oskar Vogel in black ink.

Oskar Vogel
Hauptgeschäftsführer

Handwritten signature of Stefan Schütze in black ink.

Stefan Schütze
Wirtschaftspolitik und Statistik